

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/005(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 14.12.2004	IGS "R. Hildebrandt" Pablo-Neruda-Str. 10 Mehrzweckraum	16:30Uhr	19:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2004
- 4 Vorstellung und Besichtigung der IGS "Regine Hildebrandt"

- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Namensgebung von Schulen Vorlage: DS0735/04
 - 5.2 Übertragung von Kinderbetreuungseinrichtungen in freie Trägerschaft an die Arbeiterwohlfahrt Vorlage: DS0795/04

- 6 Anträge
 - 6.1 Sanierung Schule Salbke Vorlage: A0155/04
 - 6.1.1 Sanierung Schule Salbke Vorlage: S0286/04

- 7 Verschiedenes
 - 7.1 Stand der Entwicklung von Förderzentren
 - 7.2 Stand der Vorbereitung der Fusion der Gymnasien (Pkt. 2 des Schrb. des Stadtelterrates an die Mitglieder des Ausschusses BSS)

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Gunter Schindehütte

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gerhard Heinel i.V. für SR Heynemann

Beratende Mitglieder

Stadtrat Thorsten Giefers

Stadtrat Michael Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Marlene Lütz

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

Sachkundige Einwohnerin Andrea Schmidt

entschuldigt:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Verwaltung:

Herr Krüger, AL 40

Herr Sengstock, Amt 40

Frau Andrae, Amt 40

Frau Mittendorf, Dez. V

Gäste:

Herr Nicolai, stellv. Schulltr. IGS „R. Hildebrandt“

Herr Dr. Hartleib, LvWA, Ref. 503

Frau Dr. Kaltenborn, Stadtelterntat

Kirsten Bruns, Stadtschülerrat

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss mit 3 SR/SR'n noch nicht beschlussfähig ist. Zu den abstimmungspflichtigen TOP waren 5 stimmberechtigte SR/SR'n anwesend.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende bittet, die Tagesordnung um TOP 8 – PPP-Modell für Magdeburger Schulen – (I 0402/04) als nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu ergänzen sowie hinsichtlich der anwesenden Gäste/Elternvertreter den TOP 7.2 vorzuziehen.

Die Ausschussmitglieder bestätigen die so geänderte Tagesordnung.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2004

Die Niederschrift der Sitzung vom 16.11.2004 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: **2 : 0 : 2**

4. Vorstellung und Besichtigung der IGS "Regine Hildebrandt"

Der stellvertretende Schulleiter, Herr Nicolai, berichtet, dass die Schule in diesem Schuljahr erstmals alle Schuljahrgänge von Klasse 5 bis 13 führt. Ca. 1000 bis 1050 Schüler werden von 85 Lehrkräften in 42 Klassen unterrichtet. Es wird in 2 Schulgebäuden unterrichtet und zusätzlich werden Räume der Sek. „A. Dürer“ genutzt. Die Sanierung der Sporthalle ist abgeschlossen. Die Schule hat kein Einzugsgebiet und arbeitet als Ganztagschule. Es erfolgt neben den klassischen Schulabschlüssen die Förderung besonderer Fähigkeiten und ein Kurssystem bereits ab Klassenstufe 7.

Anschließend besichtigten die SR/SR'n die Schule.

Die SR Müller, Löhr, Giefers, Heidl und die sachk. Einwohnerin Frau Lütz fragen nach der Klassenstärke, Schulpartnerschaften, der Klassenleiterfrage, der Gültigkeit des neuen Kurssystems der Gymnasien auch für die IGS, der Anmeldezahl, der klassischen Trennung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten, den Schulabschlüssen, auch im Vergleich zur Sekundarschule.

Herr Nikolai antwortet, dass die Klassenstärken unterschiedlich sind, mitunter aber bei 28 Schülern liegt. Es bestehen viele Schulpartnerschaften und es erfolgt ein Erfahrungsaustausch mit der anderen IGS. Jede Klasse hat einen Klassenleiter und einen Co-Klassenleiter. Er bestätigt die Gültigkeit des neuen Kurssystems der Gymnasien auch für die IGS, die hohen Anmeldezahlen an beiden IGS und die Trennung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten in den Bereichen Förderunterricht, Sport und vielen anderen. Zu den Schulabschlüssen können nur insoweit Aussagen getroffen werden, dass dieses Schuljahr von den damals 6 fünften Klassen 3 Abiturklassen bestehen und ca. 40 % der 10 Klassen den erweiterten Realschulabschluss schaffen.

Frau Dr. Kaltenborn ergänzt, dass ein Vergleich zu den Sekundarschulen nicht möglich ist, weil das Schülerklientel ganz anders zusammengesetzt ist.

AL 40 ergänzt, dass in Bezug auf die hohe Anmeldezahl beider IGS zu berücksichtigen ist, dass die GS „Am Westring“ gemäß Stadtratsbeschluss 2-zügig und die IGS „W. Brandt“ deshalb maximal 4-zügig sein kann, so dass alle weiteren Bedarfe die IGS „R. Hildebrandt“ deckt. Der Bedarf für eine 3. IGS ist nicht begründbar, es wurden bisher alle Bedarfe gedeckt.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Namensgebung von Schulen Vorlage: DS0735/04

AL 40 bittet, in der DS die Anlage 1 Synopse in der rechten Spalte unter Punkt 2.1 im letzten Satz das Wort „berücksichtigen“ zu ergänzen.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung zur **DS 0735/04**.

Abstimmungsergebnis: **5 : 0 : 0**

5.2. Übertragung von Kinderbetreuungseinrichtungen in freie Trägerschaft Arbeiterwohlfahrt Vorlage: DS0795/04

SR Schindehütte bemängelt das Fehlen der Angabe zu den in den Schulen genutzten Räumen und fordert, in Zukunft die Raumnutzungspläne der DS beizufügen.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung zur **DS 0795/04**.

Abstimmungsergebnis: **2 : 0 : 3**

6. Anträge

6.1. Sanierung Schule Salbke Vorlage: A0155/04

6.1.1. Sanierung Schule Salbke Vorlage: S0286/04

SR Müller weist darauf hin, dass Farmersleben gedenkt, eigene Wege zu gehen und Salbke davon tangiert wird und das Ergebnis des gestrigen Gespräches des OB in Farmersleben nicht bekannt ist.

SR Giefers bemängelt die Stellungnahme der Verwaltung.

AL 40 erklärt, dass der OB die Stellungnahme der Verwaltung so freigegeben hat und den Eltern in Farmersleben demnach mitgeteilt hat, dass durch die Verwaltung keine Änderung der Beschlusslage herbeigeführt wird. Dies kann nur über den Stadtrat erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Stellungnahme der Verwaltung S 0286/04 zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss nimmt die S 0286/04 zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Stand der Entwicklung von Förderzentren

Herr Dr. Hartleib, Schulleiter der Schule am Wasserfall, Schule für Geistigbehinderte, erläutert, dass er in das Landesverwaltungsamt abgeordnet wurde, um die Entwicklung von Förderzentren (FÖZ) vorzubereiten.

Ziel ist eine individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, für den sonderpädagogischen und allgemeinen Förderbedarf an Grund- und Sekundarschulen auf der Grundlage eines Rahmenkonzeptes des MK, das erst mit der 9. Schulgesetzänderung veröffentlicht werden kann. In 5 Einrichtungen im LSA hat die Erprobung begonnen (Magdeburg, Schönebeck, Egel/Mulde, Bitterfeld/Wolfen und Wernigerode).

In Magdeburg ist es das FÖZ MD-Mitte mit der Basisförderschule Salzmannschule in Zusammenarbeit mit der Fröbelschule und der Schule am Wasserfall auf Beschluss der jeweiligen Gesamtkonferenz. Für MD sind 3 FÖZ angedacht: MD-Mitte, MD-Nord, MD-Süd. Er bittet den Schulträger, bis Frühjahr 2005 konkrete Planungsbereiche festzulegen, die als Grundlage für die schülerbezogene Lehrerstundenzuweisung sein wird. Des Weiteren müssen noch Überlegungen zu den Schulen Sprachheilschule, Makarenkoschule (Schule mit Ausgleichsklassen) und Schule am Fermersleber Weg (Schule für Körperbehinderte) erfolgen. Es können auch überregionale FÖZ gebildet werden.

SR Lühr und SR'n Dr. Hein fragen nach den konkreten Auswirkungen für die Stadt MD.

AL 40 erläutert dazu, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass die Bildung von 3 FÖZ in MD realistisch ist. Die 3 GB-Schulen werden ebenfalls vorerst Bestand haben, die Schülerzahl sinkt nur geringfügig. Die Landkreise beschreiten schon längere Zeit bei der Beschulung ihrer sprachgeschädigten Kinder eigene Wege, Wohnheimplätze werden seit mehr als einem Jahr nicht mehr genutzt. An welches FÖZ die Angliederung der Sprachheilschule Sinn macht, muss noch geprüft werden. Ebenso muss die Aufnahme von auswärtigen Kindern an der Schule für Körperbehinderte geprüft werden (Kapazitätsgrenze).

SR Schindehütte fragt, ob auch die Gymnasien und Berufsbildenden Schulen einbezogen werden und stellt fest, dass die Errichtung von FÖZ nicht wirklich kostenneutral sind, wie das Land bisher behauptete.

Dr. Hartleib bestätigt beides, es entstehen mehr Lehrerstunden und für den Schulträger mehr Aufwand, z. B. im Schulsekretariat.

SR'n Dr. Hein stellt fest, dass es keinen Rechtsanspruch auf Integration gibt und dass sich die registrative Frage stellt, wie der Schulträger Entscheidungen treffen soll und dabei das „Wollen“ der Schulen berücksichtigen muss.

Dr. Hartleib geht davon aus, dass sich die Grundschulen mit ihren Problemfällen an das FÖZ wenden werden.

AL 40 schließt sich dem an, die entsprechenden Standorte können dann mit Hilfe des PPP-Modells saniert werden und man geht davon aus, dass das Land einen Planungsbereich wie einen Schulbezirk betrachtet.

Dr. Hartleib erläutert, dass über die Wahlmöglichkeit der Eltern vor allem in den Städten MD, Halle und Dessau noch nicht entschieden ist.

7.2. Stand der Vorbereitung der Fusion der Gymnasien (Pkt. 2 des Schrb. des Stadtelterrates an die Mitglieder des Ausschusses)

Der AL 40 erläutert, dass am Beschluss zur SEPL festgehalten wird. Die Schüler, die 2007 das Abitur ablegen, werden die Ausbildung am Standort beenden und zur Fusion der Schulen ein Netzwerk unter Beteiligung der Schulbehörde und des Schulträgers entwickeln. Die Gymnasien hatten zuletzt am 10.12.04 dazu eingeladen. Ziel ist, die Untersuchung geeigneter Varianten bis Weihnachten abzuschließen, dieses Konzept im Januar 2005 mit dem Landesverwaltungsamt abzustimmen und die Eltern zu informieren. Er geht davon aus, dass die Eltern über den bisherigen Stand informiert sind.

Die Elternvertreter des Humboldt-Gymnasiums und des Gymnasiums „Otto von Guericke“ bestätigen dies; die Elternvertreterin des Raabe-Gymnasiums zeigt an, dass ihnen wenig, aber kontroverse Informationen vorliegen.

Der AL 40 bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck und erläutert, dass die Zuständigkeit des Prozesses bei den Schulleitungen und der Schulbehörde liegt. In den bisherigen Gesprächen war jedoch zu keiner Zeit beabsichtigt, die Kursstufe zu trennen.

SR Schindehütte verweist auf die Einhaltung des Beschlusses zur SEPL und schlägt vor, die Information der Eltern im Januar 2005 abzuwarten. Sollte weiterer Bearbeitungsbedarf bestehen, wenden sich die Eltern an Frau Dr. Kaltenborn.

Frau Dr. Kaltenborn fragt, ob nicht die Entscheidung zum Standort des 4. kommunalen Gymnasiums überfällig ist.

AL 40 rät, hier keine vorschnellen Entscheidungen zu treffen, da noch zu viele Unwägbarkeiten eine Rolle spielen.

SR Schindehütte bestätigt, dass hier kein Handlungszwang und Zeitdruck besteht.

- Der Ausschussvorsitzende schlägt als nächsten Tagungsort das Rathaus vor (11.01.2005). Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

gez. Schindehütte
Vorsitzender

gez. Andrae
Schriftführer/in

Hinweis:

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauf folgenden Sitzung.